

Im Dunkel der europäischen Geheimdiplomatie

Iswolskis Kriegspolitik in Paris 1911 - 1917 ; Volksausgabe der im Auftrage des Deutschen Auswärtigen Amtes veröffentlichten Iswolski-Dokumente

Der gemeinsame Weg, 1913, die Ziele, 1914

Stieve, Friedrich

Berlin, 1926

3. Kapitel: Poincaré als Präsident der Republik

[urn:nbn:de:hbz:466:1-79837](#)

3. Kapitel
Poincaré als Präsident der Republik

*Der russische Geschäftsträger in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 22

Paris, den 7./20. Januar 1913

Poincaré sagte mir heute, wie tief ihn das huldvolle Telegramm des Kaisers gerührt habe, ebenso wie die Telegramme Eurer Exzellenz, des Staatssekretärs Kokowtzow, und anderer Würdenträger und Persönlichkeiten. „In Rußland“ — führte er aus — „hat man ganz richtig in meiner Wahl eine neue Bürgschaft für die Festigkeit unseres Bündnisses erblickt. Diese Wahl bedeutet an sich schon die Billigung meiner Politik eines engen Einvernehmens mit Rußland.“

Heute oder morgen — sagte er — werde er die Leitung des Außenministeriums seinem Nachfolger, wahrscheinlich H. Jonnart, übergeben, der lange Zeit Generalgouverneur von Algier war. Poincaré bezeichnete diesen als einen sehr befähigten und für die Führung der auswärtigen Angelegenheiten gut vorbereiteten Mann. Übrigens werde er sich beständig sowohl seine, Poincarés, Fingerzeige zunutze machen — Poincaré selbst hat nicht die Absicht, Paris vor seinem Amtsantritt zu verlassen — als auch die Ratschläge des neuen Ministerpräsidenten Briand. Der letztere ist, wie mir Poincaré erklärte, im Laufe des letzten Jahres von allen Vorgängen im Ministerium des Auswärtigen unterrichtet worden und kennt die Geschäfte, als ob er selbst an der Spitze dieses Ressorts gestanden hätte.

Sewastopulo

*Der russische Geschäftsträger in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 28

Paris, den 10./23. Januar 1913

Der neue Außenminister Jonnart hat gestern unseren Botschafter, der sich immer noch nicht erholt hat, besucht und ihm erklärt, er beabsichtige, die Politik seines Vorgängers ohne jede Abweichung zu befolgen — eine Politik des engen Einvernehmens mit Rußland und England.

Sewastopulo

*Der russische Geschäftsträger in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 30

Paris, den 12./25. Januar 1913

Der Außenminister hat mich zu sich gebeten und mir gesagt, Georges Louis sei beauftragt worden, Ihnen den aufrichtigen Wunsch der französischen Regierung zu übermitteln, sich in der gegenwärtigen kritischen Lage in enger und ständiger Fühlung mit uns zu halten. Er hofft, daß auch wir unsererseits keine Initiative ergreifen, ohne vorher in einen Meinungsaustausch mit der verbündeten Regierung eingetreten zu sein. Jonnart fügte hinzu, daß er schon bei seinen ersten Schritten im politischen Leben ein überzeugter Anhänger des französisch-russischen Bündnisses gewesen sei und stets bereit sein werde, unsere politischen, wirtschaftlichen und sonstigen Interessen im vollen Umfange zu unterstützen. Hinsichtlich der Ereignisse in Konstantinopel hat er keine besonderen Nachrichten und auch keine bestimmte Ansicht über ihre wahren Ursachen und möglichen Folgen. Bis jetzt hat er keinen Grund, in ihnen das Ergebnis irgendwelcher ausländischer Ränke zu sehen.

Sewastopulo

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 38

Paris, den 15./28. Januar 1913

Heute habe ich zum ersten Male den neuen Außenminister besucht und eine lange Unterredung mit ihm gehabt. Jonnart drückte mir erneut den aufrichtigen Wunsch aus, in vollem und beständigem Einvernehmen mit Rußland zu handeln. Er sagte mir unter anderem, der neue deutsche Außenminister habe gleich nach seinem Amtsantritt dem französischen Botschafter gegenüber die Hoffnung ausgesprochen, daß angesichts der gemeinsamen Interessen Deutschlands und Frankreichs an dem Schicksal der Türkei die französische Regierung es nicht ablehnen werde, alles darauf bezügliche mit dem Berliner Kabinett zu beraten. Jonnart hat J. Cambon sofort beauftragt zu antworten, die französische Regierung sei stets bereit, mit Deutschland und allen anderen Mächten die schwelenden Fragen zu besprechen, jedoch nur nach vorherigem Einvernehmen mit Rußland. Jonnart hofft, daß auch wir nach wie vor nur in vollem Einvernehmen mit Frankreich handeln werden. Im weiteren Verlauf unserer Unterredung mußte ich gewahr werden, daß Ihr Telegramm an Swerbejew Nr. 104,

dessen Inhalt ich Jonnart gestern morgen durch Sewastopulo mitteilen ließ und das heute Gegenstand einer Besprechung im Ministerrat war, hier eine gewisse Beunruhigung verursacht hat, hauptsächlich infolge von Anspielungen, daß unter gewissen Umständen und unter dem Druck unserer öffentlichen Meinung ein alleiniges Vorgehen unsererseits möglich sei. Aus diesem Anlaß sagte mir Jonnart, daß er immer noch Ihre Antwort auf die Mitteilung erwarte, mit deren Weitergabe an Sie er G. Louis gleich am Tage seines Amtsantritts beauftragt habe. „Frankreich“ — so setzte er hinzu — „ist bereit, alle seine Verpflichtungen Rußland gegenüber zu erfüllen, aber die französische Regierung hat mit dem Parlament und der öffentlichen Meinung zu rechnen, denen in jedem Augenblick die Ursachen, die Frankreich in einen Krieg hineinziehen könnten, vollständig klar sein müssen.“ Deshalb müsse Frankreich ein plötzliches und alleiniges Vorgehen von unserer Seite fürchten und bitte uns dringend, keinerlei Initiative ohne vorherigen Gedankenaustausch mit dem verbündeten Frankreich zu ergreifen. Diese Besorgnisse seien um so natürlicher, als das Berliner Kabinett deutlich zu verstehen gebe, es werde jede Zwangsmaßregel gegen die Türkei als eine Bedrohung des europäischen Friedens auffassen; im einzelnen würde jede Einmischung irgendeiner Macht, die die Frage der türkischen Besitzungen in Kleinasien anschneiden könnte, ein Eingreifen Deutschlands hervorrufen. Ich habe Jonnart geantwortet, daß ich die Gründe für die von ihm geäußerte Beunruhigung nicht begreifen könne. Seit Beginn der Krisis habe Rußland genug Beweise seiner friedlichen Gesinnung und seiner außerordentlichen Mäßigung gegeben. Wenn dem europäischen Frieden eine Gefahr drohen werde, so würde das sicher nicht unsere Schuld sein. Jetzt nach der in Konstantinopel erfolgten Umwälzung beständen wir weiter auf der Notwendigkeit, daß alle Mächte sich zu einer gemeinsamen Note zusammenfinden, aber bei der offensichtlichen Abneigung der Mächte, durch einen fühlbaren Druck ihre Forderungen zu bekräftigen, könnten wir es nicht unterlassen, auf die Gefahr einer Verwicklung hinzuweisen, die eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zur Folge haben könnte. Es sei notwendig, daß die französische Regierung auch mit unserer öffentlichen Meinung rechne, die die Regierung in die schwierigste Lage bringen könne, falls die spätere Gestaltung der Ereignisse die Balkanstaaten mit dem Verlust der Früchte ihrer Siege bedrohen würde. H. Jonnart beeilte sich, mir zu versichern, daß er diese Gründe durchaus als stichhaltig anerkenne, aber gerade, weil man uns von seiten Frankreichs die vollste Unterstützung eines Bundesgenossen zusichern wolle, sei es notwendig, daß die beiden Verbündeten andauernd und für alle sichtbar auf diplomatischem Gebiet in völligem Einverständnis handelten. — Morgen soll ich Poincaré besuchen.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 40

Paris, den 16./29. Januar 1913

Ich hatte soeben eine lange Unterredung mit Poincaré. Er erklärte mir, in seiner Eigenschaft als Präsident der Republik werde es ihm durchaus möglich sein, unmittelbar auf die auswärtige Politik Frankreichs einzuwirken. Er werde nicht verfehlten, diese Gelegenheit auszunutzen, um im Laufe seines Septenats die Stetigkeit der auf einem engen Bündnis mit Rußland beruhenden Politik zu sichern. Dabei drückte er mir die Hoffnung aus, daß er mich auch fernerhin öfters sehen werde, und bat mich, ich möchte mich in allen Fällen, wo mir dies wünschenswert erscheint, unmittelbar an ihn wenden. Über die laufenden Angelegenheiten hat er mir ungefähr dieselben Erklärungen gegeben wie gestern Jonnart. Seinen Worten nach ist es für die französische Regierung von größter Wichtigkeit, die Möglichkeit zu haben, die französische öffentliche Meinung im voraus auf die Teilnahme an einem Krieg vorzubereiten, der wegen der Balkanfrage ausbrechen könnte. Dies ist der Grund, weswegen uns die französische Regierung bittet, keine einseitigen Handlungen zu unternehmen, die einen derartigen Krieg ohne vorherige Verständigung mit Frankreich hervorrufen könnten. Was Ihr Telegramm Nr. 104 an Swerbejew anbelangt, so sagte er mir, man habe, nach den ihm soeben zugegangenen Nachrichten, in Berlin, Wien und Rom diese Mitteilung so ausgelegt, als bestünden Sie darauf, daß selbst nach einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zwischen den Verbündeten und der Türkei die Mächte fortfahren sollten, einen Druck auf die Pforte auszuüben, um sie zur Abtretung Adrianopels an Bulgarien zu bewegen, und daß die Dreibundmächte einen solchen Druck für nicht vereinbar mit dem Grundsatze der Neutralität hielten. Außerdem hat er mir gegenüber der Befürchtung Ausdruck gegeben, eine Anspielung, daß unsererseits ein einseitiges Vorgehen gegen die Türkei möglich sei, könne Österreich zum Vorwand für die Fortsetzung seiner Rüstungen dienen. Im allgemeinen habe ich gefunden, daß Poincaré von den wärmsten Sympathien für Rußland und die Balkanstaaten erfüllt und bereit ist, uns nach wie vor aufs tatkräftigste zu unterstützen.

I swolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 17./30. Januar 1913

Sehr geehrter Sergej Dmitriewitsch!

Nach fast dreiwöchentlicher, ernster Krankheit, und obwohl ich mich immer noch ziemlich schwach fühle, habe ich vor vier Tagen

die Geschäfte der Botschaft wieder übernommen. In Anbetracht des Ernstes der Lage verzichte ich darauf, trotz nachdrücklichen Anratens des Arztes, auch nur für wenige Tage nach Südfrankreich zu reisen, um mich zu erholen. Ich bitte dringend um gütige Nachsicht mit meinem flüchtig hingeworfenen Briefe, in dem ich über meine Unterredungen mit den Herren Jonnart und Poincaré berichte. Trotz meiner großen Mattigkeit will ich noch ein paar Worte als Erwiderung auf Ihren letzten Brief folgen lassen. Ich erhielt ihn, als ich noch das Bett hüten mußte. Nicht verheimlichen kann ich Ihnen, daß er mich außerordentlich erregt hat und mir, vielleicht infolge meines leidenden Zustandes, unverdientermaßen hart erschienen ist.

Ich gebe Ihnen die Versicherung, daß mir nie der Gedanke gekommen ist, Ihnen eine Anklageschrift zu senden; ich halte mich aber moralisch für verpflichtet, Ihnen so genau wie möglich, und selbst auf die Gefahr hin, Ihr Mißfallen zu erregen, über die hiesige Stimmung zu berichten, von der letzten Endes im entscheidenden Augenblick diese oder jene Entschlüsse der französischen Regierung abhängen können. Ich darf Ihnen den Eindruck nicht verhehlen, welchen hier die eine oder andere Handlungsweise Ihrerseits hervorgerufen hat. Zudem scheint es mir, daß es sich im Grunde genommen dabei nicht so sehr um die Sache selbst, als vielmehr um die Form handelt, und daß mit Rücksicht auf die äußerst krankhafte Eigenliebe Poincarés von Ihrer Seite aus nur eine zuvorkommendere und weniger schroffe Art wünschenswert wäre. Sodann ist mir in sachlicher Hinsicht Ihr Vorwurf äußerst peinlich, daß ich die russische Politik ihrer Handlungsfreiheit zu berauben beabsichtigte. Sie werden sich erinnern, daß ich schon gleich von Anfang des Balkankrieges an aus eigenem Antriebe auf die für uns bestehende Möglichkeit hingewiesen habe, beim Eintritt gewisser Verhältnisse unmittelbar auf die Türkei einen Druck auszuüben. Wenn ich auch in meinen aufrichtigen Briefen an Sie die Gedanken Poincarés ausführlich darlege und hierbei manchmal auch als Anwalt Poincarés Ihnen gegenüber auftrete (denn ich weiß, wie nützlich er uns ist), so können Sie doch überzeugt sein, daß ich in meinen Unterredungen mit ihm und den französischen Ministern stets mit Nachdruck unsere in der Geschichte begründete besondere Stellung in der Balkanfrage vertrete, die uns auch besondere moralische Verpflichtungen auferlegt. Gestern erst habe ich mich davon überzeugen können, daß Poincaré diese Gründe voll und ganz versteht und sich aufs behutsamste zu unserem „geschichtlichen Erbe“ („patri-moine historique“) verhält. — Mehr kann ich nicht schreiben, denn ich bin in Schweiß gebadet.

Ihr Ihnen herzlich ergebener

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 17./30. Januar 1913

Wie Ihnen aus meinen Telegrammen bekannt ist, habe ich nach meiner Genesung von meiner dreiwöchigen ernsten Krankheit am 15. und 16. d. Mts. lange Unterredungen mit dem neuen Außenminister H. Jonnart und dem soeben zum Präsidenten der Republik gewählten H. Poincaré gehabt. Die in der obersten Leitung Frankreichs eingetretene Veränderung hat für uns zweifellos ihre sehr günstigen Seiten. Die Wahl H. Poincarés auf den höchsten Posten der Republik bedeutet einen entschiedenen Sieg der gemäßigten politischen Kreise über den äußersten Radikalismus, der sich Rußland und dem französisch-russischen Bündnisse gegenüber stets feindselig gezeigt hat. Die Tatkraft, Entschlossenheit und Geschlossenheit des Charakters von H. Poincaré bürgen dafür, daß er sich in seiner Eigenschaft als Präsident der Republik nicht wie H. Fallières mit einer rein passiven und, wenn man sich so ausdrücken darf, dekorativen Rolle begnügen, sondern mit allen Mitteln und ständig die französische Politik, hauptsächlich die auswärtige, beeinflussen wird. Sowohl der Wortlaut der Verfassung als auch der durch die Praxis ausgearbeitete Staatsmechanismus gibt dem Einflusse des Präsidenten der Republik einen weit größeren Spielraum, als man gewöhnlich annimmt: wenn er auch nicht ein Kabinett an der Regierung belassen kann, das in der Minderheit verblieben ist, so hängt es doch stets von ihm ab, diesen oder jenen Bestand des neuen Kabinetts zu bestimmen und einen von seinem Standpunkte aus durchaus zuverlässigen Außenminister zu wählen. Wir sind daher für die Dauer seiner bevorstehenden siebenjährigen Amtszeit durchaus davor sicher, daß an die Spitze der französischen Regierung oder der diplomatischen Verwaltung Personen in der Art der Herren Caillaux, Cruppi, Monis usw. gelangen könnten. Außerdem hängt es von seinem Ermessen ab, persönlich den Vorsitz im Ministerrat zu führen, dem, wie Ihnen bekannt ist, in den Zeiten ernster auswärtiger Verwicklungen ausnahmslos alle Einzelheiten der laufenden diplomatischen Verhandlungen zur Beratung unterbreitet werden. Andererseits werden die Beziehungen zum französischen Außenministerium dadurch zweifellos sehr verwickelt und erschwert, daß am Quai d'Orsay an die Stelle der kraftvollen Persönlichkeit H. Poincarés H. Jonnart getreten ist, der, wenn er auch einen vorzüglichen Ruf genießt, mit den diplomatischen Angelegenheiten sehr wenig vertraut ist. Bis zum tatsächlichen Amtsantritt des Präsidenten, der erst nach drei Wochen erfolgen wird, ist H. Poincaré nach wie vor jeden Tag im Ministerium, und H. Jonnart gibt ohne sein Wissen

und seine Einwilligung keine Antworten und äußert keine Ansichten. Wie Ihnen aus meinem Telegramm bekannt ist, hat H. Poincaré mir gegenüber den Wunsch ausgesprochen, auch nach seinem Einzuge ins Elysée häufig mit mir zusammenzukommen, und hat mich gebeten, ich solle mich jedesmal unmittelbar an ihn wenden, wenn mir dies wünschenswert erscheine. Ein derartiges Abweichen von den hiesigen Gewohnheiten kann sich unter den jetzigen verwickelten Umständen für uns als sehr nützlich und günstig erweisen.

Was die Erklärungen anbetrifft, die mir zuerst von H. Jonnart und sodann von H. Poincaré gemacht worden sind, so stimmen sie, wie Sie aus meinen Telegrammen ersehen konnten, dem Wesen nach durchaus überein und sind zweifellos nicht der Ausdruck einer zufälligen Meinung, sondern eine genaue Auseinandersetzung des Standpunktes, den sich die französische Regierung in ihrer Gesamtheit zu eigen gemacht hat. Aus meinen langen Unterredungen mit den beiden Staatsmännern bin ich zu folgenden Schlüssen gekommen: die französische Regierung ist fest entschlossen, ihre Bündnisverpflichtungen uns gegenüber in vollem Umfange zu erfüllen und gibt vollkommen bewußt und kaltblütig die Möglichkeit zu, daß sich für sie als Endergebnis der gegenwärtigen Verwicklungen die Notwendigkeit ergeben könnte, an einem allgemeinen Kriege teilzunehmen. Der Zeitpunkt, zu dem Frankreich genötigt sein wird, das Schwert zu ziehen, ist durch das französisch-russische Militärabkommen genau festgesetzt, und in dieser Beziehung sind auf Seiten der französischen Minister keinerlei Zweifel oder Schwankungen vorhanden. Andererseits muß jedoch die französische Regierung notwendigerweise der Stimmung des Parlaments und der öffentlichen Meinung Rechnung tragen; für diese sind die auf der Balkanhalbinsel vor sich gehenden Ereignisse bis zu einem gewissen Grade fremd und berühren nur mittelbar die Lebensinteressen Frankreichs. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen und angesichts des bestehenden Systems von Bündnissen und Abkommen kann jedes vereinzelte Vorgehen dieser oder jener Macht in den Balkanangelegenheiten sehr schnell zum allgemeinen europäischen Kriege führen. Die französische Regierung begreift vollkommen und erkennt die besondere Lage der russischen Regierung an, die sich unter der Einwirkung des Nationalgefühls und allmächtiger geschichtlicher Überlieferungen befindet; die französische Regierung ist keineswegs bestrebt, Rußland seiner Handlungsfreiheit zu berauben oder seine moralischen Verpflichtungen den Balkanstaaten gegenüber in Zweifel zu ziehen. Rußland ist daher von Seiten Frankreichs nicht nur Waffenhilfe in dem vom französisch-russischen Abkommen festgesetzten Falle, sondern auch die entschiedenste und tatkräftigste Unterstützung aller Maßnahmen zugesichert, die die russische Regierung zugunsten der erwähnten Staaten unternehmen wird. Aber gerade damit Frankreich in jedem Augenblicke Rußland im voll-

sten Maße seine Freundes- und Bundeshilfe erweisen könne, bittet uns die französische Regierung inständig, keinerlei einseitige Handlungen ohne einen vorhergehenden Meinungsaustausch mit dem verbündeten Frankreich zu unternehmen, denn nur unter dieser Bedingung kann die französische Regierung die öffentliche Meinung Frankreichs mit Erfolg auf die Notwendigkeit einer Teilnahme am Kriege vorbereiten.

Nachdem ich die Beweisführung der Herren Jonnart und Poincaré fast mit phonographischer Treue wiedergegeben habe, muß ich hinzufügen, daß der Anlaß zu diesen Erklärungen augenscheinlich in der ernsten Unruhe liegt, die der französischen Regierung unsere in Konstantinopel und Berlin gemachten Anspielungen auf mögliche einseitige Zwangsmaßnahmen unsererseits gegen die Türkei verursacht haben. Aus meinem Telegramm vom 15. Januar ist Ihnen meine Antwort, die ich aus diesem Anlaß H. Jonnart gegeben habe, in Kürze bekannt. Ich begann damit, daß ich ihm gegenüber auf die Friedensliebe und die äußerste Mäßigung hinwies, die Rußland seit Beginn der gegenwärtigen Krise bekundet habe. „Dem europäischen Frieden“, sagte ich, „droht eine Gefahr nicht von unserer Seite, sondern von seiten Österreichs, das durch seine Rüstungen und durch sein rätselhaftes Verhalten allgemeine Nervosität verursacht und die Unnachgiebigkeit der Türkei sowie die maßlosen Forderungen Rumäniens begünstigt. Wenn wir unsererseits die Ausübung eines materiellen Druckes auf die Türkei verlangt haben, so geschah dies ausschließlich zum Zwecke der schnellsten Beendigung des Krieges; gegenwärtig nach der erfolgten Staatsumwälzung in Konstantinopel, suchen wir nicht nur keinen Vorwand zu irgendwelchen einseitigen Handlungen, sondern wir bestehen nach wie vor auf der Einigkeit aller Mächte zur Überreichung einer gemeinsamen Note. Wir können jedoch nicht unsere Augen vor der Gefahr einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten verschließen sowie vor der Möglichkeit, daß die Ereignisse eine für die Balkanstaaten ungünstige Wendung nehmen; in diesem Falle müssen wir eines starken Aufschwunges des russischen Nationalgefühls gewärtig sein und wir verständigen daher im voraus unsere Verbündeten und die übrigen Mächte über die Verpflichtungen, die uns durch unsere gesamte Geschichte auferlegt sind.“ Ich wiederholte diese Beweggründe noch ausführlicher H. Poincaré gegenüber, der ebenso wie H. Jonnart zugab, daß sie durchaus stichhaltig seien, mir jedoch seinerseits noch einmal sagte, es wäre gerade aus dem Grunde, damit Frankreich uns die tatkräftigste Unterstützung erweisen könne, erwünscht, daß wir nichts ohne vorherigen Meinungsaustausch mit dem Pariser Kabinett unternehmen.

Zum Schluß erlaube ich mir, Ihre Aufmerksamkeit auf folgendes zu lenken: H. Jonnart sprach mir gegenüber von einem neuen Versuch des Berliner Kabinetts, Frankreich auf den Weg einer gesonderten Erörterung der Balkanangelegenheiten zu locken, wobei deut-

scherseits als Grund angegeben wurde, Deutschland und Frankreich seien in gleicher Weise an der Aufrechterhaltung einer genügend starken und wirtschaftlich lebensfähigen Türkei interessiert.

Sie belieben sich zu erinnern, daß derartige Versuche mehrmals von dem verstorbenen H. Kiderlen gemacht wurden, und es ist sehr bezeichnend, daß die erste Handlung H. von Jagows darin besteht, sie zu erneuern. Aus diesem Anlaß sagte mir H. Poincaré, er kenne die Neigung H. J. Cambons, gesonderte Unterredungen mit dem Berliner Kabinett zu führen, und habe daher H. Jonnart sogleich auseinandergesetzt, es sei notwendig, dem Liebäugeln des H. von Jagow ein Ende zu machen. Das Ergebnis sei gewesen, daß der französische Botschafter in Berlin beauftragt worden sei, zu antworten, Frankreich sei stets bereit, die Balkanfragen sowohl mit Deutschland als auch mit den anderen Mächten zu erörtern, jedoch nicht anders, als im engen Einvernehmen und nach vorheriger Verständigung mit Rußland.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Außenminister an den
russischen Botschafter in Paris*

Geheimtelegramm Nr. 162 St. Petersburg, den 18./31. Januar 1913

Ihr Telegramm Nr. 40 erhalten. Wollen Sie gütigst die erste günstige Gelegenheit benutzen, um Poincaré das Gefühl der lebhaftesten Genugtuung auszusprechen, mit der wir von seiner im Gespräch mit Ihnen geäußerten Absicht gehört haben, die französische Politik auch in Zukunft im Sinne einer Übereinstimmung dieser mit der unseren zu beeinflussen. Da wir selbst überzeugte Freunde eines Einvernehmens mit Frankreich sind, so wünschen wir aufrichtig, in ständigem Verkehr mit den Leitern seiner Politik über alle Fragen, die beide Verbündeten interessieren, zu stehen und haben nicht die Absicht, irgendwelche Schritte zu unternehmen, die eine Anwendung der Bündnispflichten veranlassen könnten, ohne vorhergehende Vereinbarung mit dem Pariser Kabinett. Die Sympathie und Hochachtung, die Poincaré persönlich sich in Rußland zu erwerben gewußt hat, haben ihren klaren Ausdruck in der Genugtuung gefunden, mit der die russische öffentliche Meinung seine Wahl zum Präsidenten der Republik aufgenommen hat. Wir sind fest überzeugt, daß die Hoffnungen, die man hier im Sinne einer weiteren Befestigung der franko-russischen Freundschaft auf ihn setzt, vollkommene Rechtfertigung finden werden und begrüßen von diesem Standpunkt aus die Erklärungen, die er Ihnen gegenüber abgegeben hat, ganz besonders.

Sasonow

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 72

Paris, den 4./17. Februar 1913

Persönlich und streng vertraulich.

Der Außenminister hat mir soeben mitgeteilt, die französische Regierung habe beschlossen, Georges Louis aus verschiedenen Gründen, besonders aber wegen seiner Kränklichkeit, abzuberufen. Gleichzeitig hat Jonnart mich gebeten, Ihnen die Bitte um Bewerkstelligung der Allerhöchsten Genehmigung zur Ernennung des H. Delcassé zum Botschafter in Petersburg zu übermitteln. Dabei erklärte mir der Minister das Folgende: die französische Regierung ist zu dieser Wahl vorwiegend durch den Umstand bestimmt worden, daß H. Delcassé in den Augen der französischen Kreise und der öffentlichen Meinung, bei der gegenwärtigen, außerordentlich ernsten internationalen Lage, die die Anwendung des franko-russischen Bündnisses hervorrufen kann, als Persönlichkeit von ganz besonderer Autorität, gewissermaßen als Personifikation des Bündnisses gilt. Von diesem Gesichtspunkt aus ist es sehr wichtig, daß H. Delcassé bei seiner Ernennung zum Botschafter sein Deputiertenmandat behalten kann. Das gesetzliche Hindernis hierzu, das sich aus der Bestimmung ergibt, daß Deputierte nur mit zeitweiligen Aufträgen betraut werden dürfen, hat rein formalen Charakter und kann durch periodische Erneuerung des Dekrets seitens des Präsidenten beseitigt werden, wofür einige Präzedenzfälle vorliegen. Ich meinerseits erlaube mir zu äußern, daß H. Delcassé, dessen politische Vergangenheit Ihnen gut bekannt ist, dem Gedanken einer allengsten Vereinigung zwischen Rußland und Frankreich tatsächlich ganz und gar ergeben ist und als einer der einflußreichsten hiesigen Parlamentarier, falls die kritische Minute kommt, eine entscheidende Rolle im Sinne einer Beseitigung irgendwelchen Schwankens bei der stets verschiedenen Strömungen ausgesetzten Regierung spielen kann. Mir ist bekannt, daß man hier wünscht, die Ernennung Delcassés könnte möglichst bald vor sich gehen.

I swolski

*Der russische Außenminister an den
russischen Botschafter in Paris*

Telegramm Nr. 329

St. Petersburg, den 6./19. Februar 1913

In Bestätigung seiner freundschaftlichen Gefühle für Frankreich und seines persönlichen Wohlwollens für H. Poincaré hat der Zar geruht, dem Präsidenten der französischen Republik den Andreasorden zu verleihen, dessen Insignien, mit dem entsprechenden Schreiben Seiner Majestät, Sie nächsten Montag, den 11. Februar durch den speziell zu diesem Behufe entsandten Direktor der Kanzlei des Außenministeriums, Baron Schilling, erhalten.

Sasonow

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 78

Paris, den 12./25. Februar 1913

Brief Nr. 1873 erhalten.

Ich habe heute dem Präsidenten der Republik in feierlicher Audienz den Brief des Kaisers und die Insignien des Ordens des Heiligen Andreas, des Erstberufenen übergeben. Die Agentur verbreitet meine kurze Ansprache und die Antwort Poincarés unverkürzt. Der Brief des Kaisers hat den Präsidenten tief gerührt. Er fragte mich, ob seiner sofortigen Veröffentlichung irgend etwas im Wege stehe. Ich hielt es für möglich, diese Bitte auf meine persönliche Verantwortung hin zu erfüllen, da ich überzeugt bin, daß dieser Brief sowohl in Frankreich wie auch in ganz Europa den besten Eindruck hervorrufen wird.

Iswolski

**Entwurf eines Schreibens des russischen Kaisers an den
Präsidenten der französischen Republik.**

Herr Präsident,
Liebster und großer Freund,

die Gefühle, die Ich Ihnen persönlich entgegenbringe, und die Bande herzlicher Freundschaft, die Rußland und Frankreich umschließen, haben in Mir den Wunsch geweckt, Ihnen den Kaiserlichen Orden des Heiligen Andreas zu verleihen, dessen Insignien Ihnen gleichzeitig mit diesem Schreiben übergeben werden.

Es ist mir ganz besonders angenehm, Ihnen dieses Zeichen Meiner Wertschätzung in einem Zeitpunkt zu überreichen, in dem das so glücklich geschaffene, völlige Einvernehmen zwischen Rußland und Frankreich mehr als je einen wohltätigen Einfluß ausüben kann, nicht nur im unmittelbaren Interesse Unserer Länder, sondern auch zur Erhaltung des allgemeinen Friedens, der Uns in gleicher Weise am Herzen liegt. Mit aufrichtiger Anteilnahme beobachte Ich den Erfolg der glänzenden Ausstellung, auf die Frankreich stolz zu sein ein Recht hat. Ich brauche Ihnen nicht zu versichern, wie sehr Ich und die Kaiserin bedauern, Paris jetzt nicht besuchen zu können. Aber fern wie nah gewohnt, an allem Anteil zu nehmen, was Frankreich betrifft, begrüßen wir mit um so lebhafterer Befriedigung alles, was zu Frankreichs Ruhm und Gedeihen beträgt.

Seien Sie dessen versichert, Herr Präsident, liebster und großer Freund, ebenso wie Meiner hohen Wertschätzung und unwandelbaren Freundschaft.

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 14./27. Februar 1913

Die Verleihung des Ordens des Heiligen Andreas, des Erstgeborenen, an H. Poincaré unmittelbar bei seinem Amtsantritt als Präsident der Republik, die Zusendung der Ordenszeichen durch einen Sondergesandten und — was die Hauptsache ist — der Inhalt des Schreibens Seiner Majestät des Kaisers haben hier einen tiefen und den erfreulichsten Eindruck gemacht. Die gesamte Presse ohne Unterschied der Parteien vermerkt den herzlichen Ton des Allerhöchsten Schreibens und äußert sich dahin, daß diese deutliche Bekundung der freundschaftlichen Gefühle, die der russische Monarch für Frankreich und den von ihm erwählten Präsidenten hegt, gerade dadurch, daß sie im gegenwärtigen Augenblicke erfolgt sei, eine besondere Bedeutung gewinne. Wie Ihnen bekannt ist, haben die neuen Rüstungspläne Deutschlands hier einen großen nationalen Aufschwung und die allgemeine Überzeugung hervorgerufen, Frankreich müsse sie mit der höchsten Anspannung seiner eigenen militärischen Kräfte beantworten. Die soeben in so anschaulicher Form erfolgte Bekräftigung der Unerschütterlichkeit des französisch-russischen Bündnisses wird daher von den Franzosen mit doppelter Dankbarkeit aufgenommen. Dieses Gefühl wird in vollem Maße nicht nur von der Bevölkerung empfunden, sondern auch von den Personen, die an der Spitze der Regierung stehen; die gesamte Stimmung hat für uns unter anderem den Vorteil, daß sie diese Personen dazu geneigt macht, uns in den auf der Tagesordnung stehenden Fragen des nahen Orients die tatkräftigste Unterstützung zu gewähren. Dies wird Ihnen zweifellos von Baron Schilling bestätigt werden, der mit H. Poincaré nach der feierlichen Überreichung des Allerhöchsten Schreibens und der Ordenszeichen eine lange Unterredung hatte. Meinerseits halte ich es für meine Pflicht, Ihnen auch mein Gespräch mit dem Präsidenten der Republik bei dieser Gelegenheit in Kürze wiederzugeben:

H. Poincaré begann damit, daß er in sichtlicher Bewegung mir seinen tiefen Dank für den ihm von Seiner Majestät gegebenen außerdöntlichen Beweis der Aufmerksamkeit und der Zuneigung aussprach. Nachdem er dann zu den politischen Tagesfragen überging, bestätigte er mir all das, was ich bereits von H. Jonnart über die deutschen Rüstungen und die notwendigen Gegenmaßnahmen Frankreichs gehört hatte. Nach seinen Worten haben die Ereignisse der letzten achtzehn Monate einen jähnen Umschwung in der französischen öffentlichen Meinung und einen hier lange nicht dagewesenen patriotischen Aufschwung hervorgerufen. In dieser Beziehung hat der Zwischenfall von Agadir — „le coup d'Agadir“ — Frankreich den größten Dienst erwiesen. Die jetzige Vergrößerung der deutschen Armee wird sich

möglicherweise als ebenso segensreich erweisen, denn sie wird den deutlichen Beweis erbringen, daß die Theorien der Friedensfreunde nicht stichhaltig sind und daß eine noch festere Organisation der französischen Armee notwendig ist. Hinsichtlich der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland sagte mir H. Poincaré unter anderem, bei dem jetzigen nationalen Aufschwunge Frankreichs würden weder er selbst noch seine Minister eine Wiederholung des Zwischenfalls von Agadir zulassen und sich mit dem in dieser Frage zustande gekommenen Vergleich einverstanden erklären. Er hat diesen Gedanken ganz klar dem deutschen Botschafter gegenüber in einer offenerherzigen Unterredung geäußert und von Baron Schoen die Antwort erhalten, Deutschland sei sich dessen vollkommen bewußt. „Es ist bemerkenswert,“ fügte H. Poincaré hinzu, „daß die deutsche Diplomatie es bei jedem Regierungswechsel in Frankreich für nötig findet, dem neuen Kabinett gegenüber ‚die Politik der starken Hand‘ (la manière forte) zu erproben; so ist in der allerletzten Zeit die deutsche Regierung anlässlich des in Marokko entstandenen Zwischenfalls mit dem Kaiden El Glauli, der angeblich unter deutschem Schutze steht, mit Forderungen hervorgetreten, die durchaus unannehmbar und in eine äußerst schroffe Form gekleidet sind. Diese Forderungen sind von Seiten des französischen Außenministeriums nachdrücklich abgelehnt worden, und die deutsche Regierung hat augenscheinlich darauf verzichtet, weitere Schritte in dieser Angelegenheit zu tun.“

Hinsichtlich der französisch-englischen Beziehungen bestätigte mir H. Poincaré alles, was ich Ihnen vor zwei Wochen bei der Wiedergabe der Äußerungen der Herren Jonnart und Paléologue geschrieben habe. H. Poincaré hat vollen Grund zu der Annahme, daß zwischen England und Deutschland in der letzten Zeit keinerlei besondere Verhandlungen über Rüstungen oder über andere Fragen stattgefunden haben. England ist Frankreich gegenüber durch keinerlei bestimmte politische Verpflichtungen gebunden, jedoch gestatten der Ton und die Art der Versicherungen, die die französische Regierung vom Londoner Kabinett erhält, der französischen Regierung, darauf zu rechnen, daß Frankreich bei der gegenwärtigen politischen Lage im Falle eines Konfliktes mit Deutschland von England mit Waffenhilfe unterstützt werden wird. Die Pläne eines französisch-englischen Zusammenwirken zur See sind bis in die kleinsten Einzelheiten ausgearbeitet worden. Der erste Lord der englischen Admiralität, Herr Winston Churchill, der sich gegenwärtig in Südfrankreich aufhält, wird in diesen Tagen Toulon besuchen und bei seiner Durchreise durch Paris eine Beratung mit dem französischen Marinestab haben.

Die Parlamentsrede des Marquis di San Giuliano hat einen sehr ungünstigen Eindruck auf H. Poincaré gemacht, der sich zur Politik des römischen Kabinetts nach wie vor mit großem Mißtrauen verhält. Besondere Sorgen machen dem Präsidenten die zweideutigen Erklä-

rungen des italienischen Außenministers über die von Italien besetzten Inseln. H. Poincaré befürchtet, Italien hege die geheime Absicht, von diesen Inseln endgültig Besitz zu ergreifen, falls sich der Krieg im nahen Orient hinziehen sollte. Seiner Überzeugung nach wird England in keinem Falle diese Besitzergreifung dulden.

Was die Ereignisse auf dem Balkan anbetrifft, so drückte mir H. Poincaré nochmals seine Bereitwilligkeit aus, uns die vollste und wirksamste Unterstützung zu gewähren. Bezuglich der Grenzen Albaniens äußerte er mir gegenüber unter anderem, es sei sehr wünschenswert, darauf zu dringen, daß nicht nur Dibra, sondern auch Djakowo außerhalb dieser Grenzen bleibe, besonders falls Skutari an Albanien kommt.

Zum Schluß erlaube ich mir die Hoffnung auszusprechen, Sie werden mich nicht verurteilen, weil ich auf eigene Verantwortung die sofortige Veröffentlichung des Schreibens Seiner Kaiserlichen Majestät gestattet habe. Diese Veröffentlichung hat hier den erfreulichsten Eindruck hervorgerufen, und eine Verzögerung hätte dieses Ereignis seiner eigentlichen Bedeutung und seines eigentlichen Sinnes beraubt.

Genehmigen Sie usw.

I swolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 14./27. Februar 1913

Während der letzten zwei Wochen war die Aufmerksamkeit sowohl der Regierungskreise als auch der Gesellschaft und der Presse in Frankreich hauptsächlich auf die Frage der Vergrößerung der zahlenmäßigen Stärke der deutschen Armee sowie der Notwendigkeit entsprechender Maßnahmen von Seiten Frankreichs gerichtet.

Die Blätter der verschiedensten Richtungen, mit Ausnahme der Blätter der extremen sozialistischen Partei, verlangen nicht nur die Anweisung neuer Mittel zur Verbesserung des Materialbestandes der französischen Armee, sondern auch die Änderung des Gesetzes vom Jahre 1905 über die zweijährige Dienstpflicht im Sinne der Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit; da es nämlich nicht möglich ist, den Sollbestand der alljährlich einberufenen Rekruten zu erhöhen, läßt sich nur auf diesem Wege die Friedenspräsenzstärke der französischen Armee vergrößern.

Bei den gegenwärtigen Bedingungen für die Dienstpflicht befindet sich die französische Armee alljährlich vom Oktober bis zum April in einer kritischen Lage, da die Rekruten in diesem Zeitraum nicht ausgebildet sind und die Truppeneinheiten infolgedessen nur aus der einberufenen Jahresklasse bestehen und die Kompanien der im Inneren

Frankreichs stehenden Truppenteile nicht mehr als fünfzig Mann zählen. In den Grenzcorps (troupes de couverture) sind die Rekruten in diesem Zeitraume sogar ein gefährlicher Bestandteil, denn bei ihrer Mobilmachung müßten sie zurückgenommen werden, um den eintreffenden Reservisten Platz zu machen. Besonders schädlichen Einfluß aber hat die zweijährige Dienstzeit auf die Kavallerie und Artillerie, bei denen die militärische Ausbildung der Mannschaften stark gelitten hat.

Verschiedene Hilfsmittel, die bis jetzt vorgeschlagen wurden, wie z. B. eine Abänderung des Gesetzes über das stehende Heer und der Vorrechte für die Freiwilligen („engagés et rengagés“) werden heute endgültig als ungenügend angesehen, und die Regierung ist, wie ich Ihnen bereits geschrieben habe, ernstlich bemüht, gründlichere Mittel ausfindig zu machen.

Die Anwendung des einzigen wirksamen Mittels, der Rückkehr zur dreijährigen Dienstpflicht für alle drei Waffengattungen, die imstande ist, die Friedenspräsenzstärke der französischen Armee auf einmal um ein Drittel (um 210000 Mann) zu erhöhen und alle oben erwähnten Mißstände zu beseitigen, stößt auf ernste Hindernisse von seiten der äußersten radikalen Parlamentskreise. Das Gesetz von 1905 über die zweijährige Dienstpflicht war hauptsächlich aus rein politischen Beweggründen eingeführt und gerade bei der Wahl der jetzigen Kammer der Bevölkerung sozusagen als Geschenk dargebracht worden. Trotzdem herrscht die Überzeugung, unter dem Einflusse des jetzigen nationalen Aufschwunges in Frankreich und der im deutschen Plane enthaltenen Bedrohung Frankreichs könne die Regierung des Erfolges sicher sein, wenn sie sich entschlösse, diese Frage dem Parlament gegenüber gleich jetzt in ihrer ganzen Schärfe aufzurollen.

Aus meinen Unterredungen mit den französischen Ministern und dem Präsidenten der Republik selbst kann ich schließen, daß der gegenwärtige Stand der Angelegenheit folgender ist: Die Regierung hat bereits beschlossen, unverzüglich, d. h. nach den Osterferien, von der Kammer die Bewilligung eines Kredites von 500 Millionen Franken zur Verbesserung des Materialbestandes der Armee zu verlangen. Diese Mittel werden auf fünf Jahre verteilt werden, wobei die ersten 100 Millionen in diesem Jahre (hauptsächlich für die Artillerie und zum Ausbau der Truppenübungsplätze — „Champs d'instruction“) ausgegeben werden sollen. Was die Frage der Dienstzeit anbelangt, so hat der Ministerrat bis jetzt noch keinen endgültigen Standpunkt eingenommen. Mir ist bekannt, daß der Präsident der Republik und der Außenminister unbedingte Anhänger der dreijährigen Dienstpflicht sind; einige andere Minister jedoch schwanken aus politischen Gründen; diese Frage wird in den nächsten Tagen entschieden werden, und das entsprechende Gesetz kann gleichfalls in nächster Zukunft in der Kammer eingebracht werden. H. Delcassé, der über die Stimmung der Kammer ausgezeichnet unterrichtet ist, sagte mir, das Gesetz über die

dreijährige Dienstpflicht würde, falls es im Laufe der kommenden zwei Wochen zur Abstimmung gebracht würde, mit ungeheurer Mehrheit angenommen werden. H. Jonnart ist derselben Meinung und wird mit allen Kräften darauf hinwirken, daß das Gesetz unverzüglich in das Parlament eingebracht wird.

Man kann nicht umhin aus allem, was hier im gegenwärtigen Augenblick vor sich geht, den Schluß zu ziehen, daß die deutsche Regierung wiederum und ganz genau so wie zur Zeit des Zwischenfalls von Agadir den heftigsten Anstoß zum Aufschwung des Nationalgefühls und des militärischen Empfindens in Frankreich gegeben hat. Hierbei muß vermerkt werden, daß die französische Presse, obwohl sie beharrlich verlangt, Frankreich solle sofort die deutschen militärischen Maßnahmen beantworten, Deutschland gegenüber doch einen durchaus ruhigen Ton beobachtet, ihm das Recht auf Vermehrung seiner Streitkräfte zuspricht und ihm keine unmittelbaren Angriffsabsichten in bezug auf Frankreich zuschreibt. Von seiten maßgebender Personen wird sogar die Ansicht geäußert, Deutschland sei gezwungen, die militärisch-politische Schwächung des Dreibundes infolge der Ablenkung eines bedeutenden Teiles der österreichischen Armee von unseren Grenzen durch die Balkanstaaten in Rechnung zu stellen. Andererseits ist man hier von der Übersetzung durchdrungen, die neuen Rüstungen Deutschlands würden ihm ein so erdrückendes Übergewicht über die jetzigen Streitkräfte Frankreichs geben, daß im Falle des Eintritts einer Krise die deutsche Armee imstande sein werde, die erste französische Linie sofort zu durchbrechen und die Formierung sowie den Aufmarsch der französischen Hauptarmee zu stören. Aus diesem Grunde sind die an der Spitze Frankreichs stehenden Personen, ganz unabhängig von der augenblicklichen politischen Stimmung der deutschen Regierung, verpflichtet, mit allen Mitteln das von deutscher Seite gestörte Gleichgewicht wiederherzustellen.

Zum Schluß halte ich es für meine Pflicht, zu erwähnen, daß mir H. Jonnart, als er mir seine Ansichten über den Zustand der Streitkräfte Frankreichs auseinandersetzte, gesagt hat, er sei ein überzeugter Anhänger nicht nur der dreijährigen Dienstpflicht, sondern auch der Schaffung eines ständigen Kolonialheeres, das angesichts des bestehenden Abkommens mit England jederzeit auf den Hauptkriegsschauplatz geworfen werden könnte. Während seiner elfjährigen Amtszeit als Generalgouverneur von Algier habe er sich davon überzeugt, daß diese Kolonie aus eigenen Mitteln und lediglich durch entsprechende organisatorische Maßnahmen im Laufe von fünfzehn Jahren eine 75 000 Mann starke Musterarmee bilden könne, H. Jonnart fügte hinzu, er beabsichtige, für diesen Gedanken persönlich in Regierungs- und Parlamentskreisen zu werben.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Bericht Nr. 11

Paris, den 28. Februar/13. März 1913

Die Frage der Rückkehr zur dreijährigen Dienstpflicht spielt nach wie vor die erste Rolle im öffentlichen Leben Frankreichs. Die auf Anregung des Ministeriums Poincaré erlassene Verfügung vom 20. Januar 1912, die den Bestand sowie die Art und Weise der Einberufung des Obersten Kriegsrats bestimmt, gibt dem Präsidenten der Republik erstmalig das Recht, den Kriegsrat unter seinem Vorsitz einzuberufen, wann er es für nötig befindet. In diesen Fällen nimmt der Ministerpräsident an den Sitzungen des Obersten Kriegsrats teil. Nachdem der Kriegsrat in den ersten Tagen des März den Gesetzentwurf über die allgemeine dreijährige Dienstpflicht ohne Vorrechte geprüft und angenommen hatte, beschloß der Präsident der Republik das ihm neu gewährte Recht vor Einbringung des Gesetzentwurfs in das Parlament auszunutzen und berief den Obersten Kriegsrat zum 4. März nach dem Elysée. — Er hörte die Meinung eines jeden Generals einzeln an, wodurch die Frage der Landesverteidigung allseitig beleuchtet wurde. — Am Abend erschien die offizielle Mitteilung, der Kriegsrat habe es im Interesse der Landesverteidigung für unbedingt notwendig erachtet, die zahlenmäßige Stärke der Armee zu erhöhen; er habe die verschiedenen Mittel zur Erzielung dieses Ergebnisses als da sind: die Ausdehnung der Dienstzeit über die bestehende Frist hinaus, die monatlichen Einberufungen der Reservisten, die siebenundzwanzigmonatige oder dreißigmonatige Dienstzeit, geprüft und habe sie einstimmig für ungenügend befunden; ebenso einstimmig habe er sich für die dreijährige Dienstpflicht ausgesprochen, die für alle unbedingt gleichartig sein müsse und niemandem irgendwelche Vorrechte gewähren dürfe. Am anderen Morgen nahm der Ministerrat den endgültigen Wortlaut des Gesetzentwurfs an und beschloß am selben Tage, ihn in die Deputiertenkammer einzubringen und aus diesem Anlaß die Vertrauensfrage zu stellen. Ich habe die Ehre, den Wortlaut dieses Gesetzentwurfs sowie die Begründung in der Anlage beizufügen.

Das gänzlich ungewöhnliche Hervortreten des Präsidenten der Republik, als des Oberhauptes der Armee, in einer für Frankreich so wichtigen Frage hat angesichts der ständig wachsenden Volkstümlichkeit H. Poincarés und seiner vollständigen Übereinstimmung mit der Regierung, die ruhig und fest das nationale Ziel verfolgt, den stärksten Eindruck auf alle Klassen des französischen Volkes gemacht. Von überall, sowohl von den Schülern und den Vereinen „für militärische Vorbereitung“ (de préparation militaire) als auch von den Volksschullehrern und vielen anderen gesellschaftlichen Gruppen erhielt der Präsident der Republik die Versicherung der vollständigen Bereitwilligkeit, die nationale Pflicht unbeirrt zu erfüllen und alle

Opfer für die Verteidigung des Vaterlandes zu tragen. — Man erhielt den Eindruck, als habe das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit den Rahmen der Parlamentsdebatten überschritten und sich in eine allgemeine, patriotische Angelegenheit verwandelt. Am 6. März brachte der Kriegsminister den Gesetzentwurf in der Deputiertenkammer ein. Er wurde von den Sozialisten mit tobenden Zurufen: „Die Reaktion! Nieder mit dem Kaisertum“ (Réaction! A bas l'Empire) empfangen, während die Radikalsozialisten, die seinerzeit das Gesetz über die zweijährige Dienstzeit geschaffen haben, eine abwartende Haltung einnahmen und die Mehrheit der Kammer den Minister mit einmütigem Beifall und Händeklatschen begrüßte. Nachdem der Präsident sich vergeblich bemüht hatte, dem Lärm ein Ende zu machen und mit der Unterbrechung der Sitzung gedroht hatte, gelang es H. Etienne endlich, in seiner Rede sowohl den Gesetzentwurf als auch die Gründe, die zu seiner Einbringung geführt haben, darzulegen. Der dem Parlament unterbreitete Gesetzentwurf wird die Kriegsstärke der französischen Armee eigentlich nicht erhöhen, wohl aber wird er die Friedensstärke um etwa 160 000 Mann vermehren. Das stehende Heer, besonders in seinen östlichen Truppenteilen, wird fast auf den Kriegsstand (die Kompanie zu 200 Mann) gebracht werden, während jetzt eine Kompanie nur aus 130—150 Mann besteht. Im Inneren des Landes wird der Kompaniebestand auf 150 Mann gebracht werden an Stelle des jetzigen Bestandes von etwa 110 Mann. Die Kampfbereitschaft wird bedeutend erhöht werden, die Mobilmachung wird in höherem Maße gesichert sein, und die Ausbildung der Armee wird zeitgemäßen Anforderungen entsprechen. Das Kriegsministerium rechnet darauf, daß es die erhöhten Truppenbestände zur Einführung der notwendigen Vervollkommenungen wird ausnutzen können, als da sind: die Zuteilung von je drei Batterien an die Kavalleriedivisionen, die Bildung von Feldmörserbatterien (obusiers), die Einführung weittragender Geschütze, die weitere Entwicklung des militärischen Flugwesens usw. Die dreijährige Dienstzeit wird von diesem Jahre an eingeführt, indem der Jahrgang 1911 unter den Fahnen zurück behalten wird. Das Militärgesetz vom Jahre 1905 hat den Grundsatz aufgestellt, daß die Militärpflicht für jedermann vollkommen gleichartig ist und keinerlei Bildungsvorrechte oder andere Vorteile gewährt werden. Dieser Grundsatz ist auch im vorliegenden Gesetzentwurf gewahrt, jedoch mit der Maßgabe, daß für diejenigen Soldaten, in deren Familie fünf oder mehr lebende Kinder vorhanden sind, die Dienstzeit um sechs bis zwölf Monate gekürzt wird. Zur Zeit wird der Gesetzentwurf über die dreijährige Dienstpflicht in den Parlamentskommissionen beraten. Er wird in allerkürzester Zeit den gesetzgebenden Körperschaften zur Bestätigung unterbreitet werden, und es ist Grund zur Annahme vorhanden, daß die Sitzungszeit des Parlaments nötigenfalls verlängert werden wird, um noch gegen-

wärtig die für Frankreich so notwendige Militärreform zu Ende zu führen.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Vertraulicher Brief

Paris, den 28. Februar/13. März 1913

Wie Ihnen bekannt ist, ist H. Delcassé nicht nur in Fragen der Außenpolitik besonders kompetent, sondern auch in allem, was die Heeres- und insbesondere die Flottenangelegenheit betrifft. Laut Kenntnis unseres Militärattachés ist ihm ganz speziell der Auftrag erteilt, unsere Militärverwaltung von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß die Anzahl unserer strategischen Wege zu vermehren ist, um dadurch das Zusammenziehen unserer Armee an der Westgrenze zu beschleunigen. H. Delcassé ist in dieser Angelegenheit so bewandert und mit den Ansichten des französischen Generalstabes so bekannt, daß er diese Frage mit unseren Militärbehörden völlig selbständig erörtern kann. Dabei ist er bevollmächtigt, Rußland alle hierzu vielleicht erforderlichen Geldmittel in Form von entsprechenden Eisenbahnanleihen anzubieten.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 28. Februar/13. März 1913

Ich habe Ihnen bereits geschrieben, daß die von Deutschland in Aussicht genommene bedeutende Heeresverstärkung in Frankreich zwar einen mächtigen Aufschwung der nationalen Stimmung hervorgerufen, aber in der Presse und der öffentlichen Meinung im allgemeinen hier zu keinen lärmenden Angriffen oder Beschuldigungen gegen Deutschland Veranlassung gegeben hat, als verfolge es aggressive Absichten. Die einflußreichsten französischen Blätter stellen sich auf den Standpunkt, Deutschland habe das volle Recht, zu bestimmen, ob es eine Erhöhung seiner militärischen Kräfte nötig habe; ein derartiger Entschluß verrate durchaus nicht die Absicht, Frankreich anzugreifen; andererseits störe allerdings die Verstärkung der militärischen Macht Deutschlands das Gleichgewicht, auf dem der europäische Friede beruhe, und deshalb sei Frankreich verpflichtet, um diesen und sich selbst zu sichern, auch seinerseits Maßregeln zu ergreifen, um

die Friedenspräsenzstärke seiner Armee zu heben. Diese Maßregeln haben, wie Ihnen bereits bekannt ist, die Form von Gesetzentwürfen angenommen, die eine Kreditforderung von 500 Millionen Franken und die Einführung der dreijährigen Dienstzeit vorsehen. Beide Entwürfe sind schon dem Parlament zugegangen und sollen in erster Reihe beraten werden. Die Begründung dieser Gesetzentwürfe, die ich meinem heutigen Berichte hierüber beigelegt habe, ist in den maßvollsten Ausdrücken abgefaßt und enthält nichts, was als eine Herausforderung Deutschlands angesehen werden könnte. Außerdem hat Jonnart anläßlich seiner Erklärungen im Auswärtigen Ausschuß mitgeteilt, daß die Militärvorlagen auf keinerlei Gefahren zurückzuführen seien, die Frankreich unmittelbar bedrohten. Von deutscher Seite war anfänglich gleichfalls erklärt worden, daß die neuen Rüstungen die Folge der allgemeinen politischen Lage in Europa und mittelbar der Veränderung auf der Balkanhalbinsel seien. Deshalb war man hier sehr erstaunt über den Ton des Tagesbefehls Kaiser Wilhelms an die Armee, der anläßlich der Jahrhundertfeier von 1813 erlassen worden ist, und besonders über den Inhalt des Aufsatzes in der offiziösen „Kölnischen Zeitung“. Frankreich wird unmittelbar beschuldigt, es habe die Absicht Deutschland anzugreifen, um sich Revanche zu holen und Elsaß-Lothringen zurückzuerobern. Jonnart sagte mir aus diesem Anlaß, die französische Regierung erkläre sich diese Kundgebung mit der für die deutsche Regierung vorhandenen Notwendigkeit, einen Druck auf die öffentliche Meinung in Deutschland im Hinblick auf die bevorstehende Sonderwehrsteuer auszuüben. Diese rufe in den besitzenden Klassen große Unzufriedenheit hervor.

„Frankreich“, sagte mir Jonnart, „kann derartigen Anschuldigungen gegenüber um so ruhiger bleiben, als ihre Grundlosigkeit durchaus offensichtlich ist. Als zuerst Rußland und dann England anläßlich der ersten und zweiten Haager Konferenz den Vorschlag machten, die europäischen Rüstungen zu beschränken, sind diese Anträge nicht von Frankreich, sondern von Deutschland abgelehnt worden. Sodann sind in Frankreich unter dem Einfluß übermäßig pazifistischer Neigungen eine Reihe Maßregeln ergriffen worden, die die Präsenzstärke der französischen Armee bedeutend geschwächt haben, wie z. B. das Gesetz vom Jahre 1905 über die zweijährige Dienstzeit. Zu gleicher Zeit hat Deutschland seine Armee beständig verstärkt. Trotzdem wäre in Frankreich aus Gründen der inneren Politik wohl kaum das Bewußtsein von der Notwendigkeit entsprechender Gegenmaßnahmen erwacht, wenn nicht die deutsche Regierung selbst durch eine Reihe von Zwischenfällen und Drohungen in Frankreich den gegenwärtigen nationalen Aufschwung hervorgerufen hätte. Hierbei kann man jedoch unmöglich von irgendwelchen aggressiven Absichten Frankreichs gegen Deutschland sprechen. Das Land will keinen Krieg; es wird aber auch keine neuen Drohungen oder Versuche, es

zu demütigen, zulassen. Die Beschuldigung chauvinistischer Neigungen kann nur gegen einen sehr beschränkten und wenig einflußreichen Kreis von Zeitungen und einige wenige zweitklassige Theater geltend gemacht werden, die das Publikum durch patriotische Stücke anlocken. Alles dies weiß man in Deutschland sehr wohl, und wenn dennoch die „Kölnische Zeitung“, deren Beziehungen zur Wilhelmstraße bekannt sind, meint, meint, der Friede sei durch Frankreich bedroht, so geschieht dies selbstverständlich um der Erreichung eines ganz bestimmten Zweckes will.“

Im Augenblick, wo ich diesen Brief abschließe, teilt die Agentur Havas mit, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ habe erklärt, der Aufsatz der „Kölnischen Zeitung“ sei ohne Wissen und ohne Zustimmung der deutschen Regierung erschienen. Ich richte trotzdem diese Zeilen an Sie, weil in ihnen der allgemeine Standpunkt der hiesigen maßgebenden Kreise in der Rüstungsfrage zum Ausdruck kommt.

Iswolski

*Der Präsident der französischen Republik an den
russischen Kaiser*

Brief

Paris, den 20. März 1913

Teurer und Hoher Freund!

Ich will mich nicht mit den Beglaubigungsschreiben begnügen, die ich H. Delcassé ausgehändigt habe, sondern benutze die Abreise unseres Botschafters, um Eurer Majestät von neuem die Versicherung der Unveränderlichkeit meiner Gefühle zu geben.

Indem die Regierung Frankreichs einem hervorragenden Politiker, der sich insbesondere dem Studium der internationalen Fragen geweiht hat, den Auftrag anvertraute, sie Eurer Majestät gegenüber zu vertreten, suchte sie nach einer Gelegenheit, das Bündnis unserer beiden Länder noch weiter zu festigen und eine enge und ununterbrochene Fühlungnahme mit der Kaiserlichen Regierung aufrechtzuerhalten.

Ich brauche Eurer Majestät nicht zu sagen, daß H. Delcassé, der in dem Kabinett, das unter meinem Vorsitze stand, Marineminister war, sich im Laufe der letzten Monate für alle durch die Balkankrise aufgeworfenen Fragen der auswärtigen Politik interessiert und den Gang der Ereignisse sehr aufmerksam verfolgt hat. Er ist über die geringsten Einzelheiten auf dem laufenden und kann mehr denn irgendein anderer im Einvernehmen mit H. Sasonow tätig sein, um ein gemeinsames Vorgehen unserer beiden Diplomationen sicherzustellen.

Als ich andererseits das Glück hatte, im vorigen Jahre von Eurer Majestät in Peterhof empfangen zu werden, lenkte ich Eure Hohe

Aufmerksamkeit auf den Nutzen, den nach Ansicht unserer Generalstäbe die Beschleunigung des Baues gewisser Eisenbahnen an der Westgrenze des Reiches bringen würde.

Die große militärische Anstrengung, die die französische Regierung zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der europäischen Streitkräfte zu machen beabsichtigt, bewirkt, daß entsprechende Maßnahmen, über deren Notwendigkeit sich die Generalstäbe beider verbündeten Parteien geeinigt haben, gegenwärtig besonders dringlich sind. H. Delcassé wird Eure Majestät und seine Regierung auf dem laufenden über diese wichtigen Fragen sowie über alle anderen Fragen halten, die die Betätigung des Bündnisses betreffen und uns gestatten können, die Aufrechterhaltung des Friedens mit größerer Zuversicht zu überwachen.

Ich werde glücklich sein, wenn Eure Majestät unserem Botschafter einen huldvollen Empfang bereiten und durch Euer hohes Wohlwollen ihm den Auftrag erleichtern wollten, der, wie ich hoffe, für unsere beiden Völker von Nutzen sein wird.

Ich bitte Eure Majestät, von neuem den Ausdruck meiner Gefühle treuer Freundschaft zu genehmigen.

R. Poincaré

*Handschriften des Kaisers von Russland an den
Präsidenten Poincaré*

Zarskoje Selo, den 17./30. März 1913

Teurer und großer Freund!

In Beantwortung des persönlichen Briefes, den mir H. Delcassé gleichzeitig mit seinem Beglaubigungsschreiben in Ihrem Namen überreicht hat, will ich Ihnen sagen, mit wie großem Vergnügen ich die hervorragende Persönlichkeit wiedergesehen habe, der zu begegnen ich bereits Gelegenheit hatte und die Sie als Botschafter der Republik bei mir beglaubigt haben.

Die frühere Tätigkeit H. Delcassés als Außenminister und in letzter Zeit als Marineminister bietet genügend Beweise seiner Gefühle für Rußland, um ihm hier alle Sympathien zu sichern. Vom ersten Augenblick an findet er hier das Terrain im voraus vorbereitet, um seine Talente in einer engen Arbeitsgemeinschaft mit meiner Regierung anzuwenden. Was die Frage der strategischen Bahnen anbelangt, die er besprechen soll und auf die Sie meine besondere Aufmerksamkeit lenken, so bildet diese, auf meinen Befehl, den Gegenstand einer ernstlichen Prüfung von seiten meines Generalstabes.

Die Erhaltung des Gleichgewichtes der europäischen Kräfte bil-

det eine wichtige Bedingung für die Erhaltung des Friedens, und ich teile völlig Ihre Ansicht hinsichtlich der Wichtigkeit der entsprechenden Maßnahmen, die zur Verstärkung unserer beiden verbündeten Armeen ergriffen werden müssen. In diesem Sinne verfolge ich mit aufrichtiger Befriedigung die neue militärische Anstrengung, zu der sich die heldenmütige französische Nation soeben anschickt, und ich kann Sie versichern, daß in dieser Hinsicht Rußland seinerseits nicht zurückbleiben wird.

Empfangen Sie, mein teurer und großer Freund, den Ausdruck meiner aufrichtigen und treuen Freundschaft.

Nikolaus

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 1./14. Februar 1913

Lieber Herr Sergei Dmitriewitsch!

Indem ich Ihnen anbei den Brief des Herrn Finanzministers, der dem Schreiben von Euer Exzellenz an mich vom 25. Dezember, Nr. 587 beilag, zurücksende, fühle ich es als meine Pflicht, Ihnen folgende Erklärungen zu unterbreiten:

Durch meinen Brief vom 10./23. Oktober vergangenen Jahres kennen Sie meine Ansichten hinsichtlich der Notwendigkeit, bei den gegenwärtigen außergewöhnlichen internationalen Verhältnissen unsererseits einen gewissen finanziellen Druck auf die französische Presse auszuüben. Aus meinen Unterredungen mit dem früheren französischen Ministerpräsidenten und jetzigen Präsidenten der Republik konnte ich die Überzeugung gewinnen, daß H. Poincaré meine Meinung hinsichtlich dieser Notwendigkeit teilte, und deshalb sprach er den mir durchaus berechtigt erscheinenden Wunsch aus, daß wir in der genannten Richtung nichts unternehmen sollten, ohne ihn zu informieren, und daß die Verteilung der Summen an die verschiedenen französischen Presse-Organe unter Mithilfe der französischen Regierung und durch Vermittlung einer von ihm genannten Persönlichkeit, in Gestalt des H. Lenoir, der der Kaiserlichen Regierung bereits bekannt ist, vorgenommen werden sollte.

In seinem Brief an mich vom 18. Oktober vergangenen Jahres, Nr. 85, ließ mich der Ministerpräsident wissen, daß er, obwohl er von seiner Ansicht hinsichtlich der Unfruchtbarkeit finanzieller Subsidien an die französische Presse nicht abgehen könne, sich doch nicht berechtigt fühle, die von mir erbetene Hilfe kategorisch abzulehnen, und daß er nach einer Rücksprache mit dem Außenminister den Direktor

der Kreditkanzlei, den Kammerherrn Dawidow entsende, um diesem Geschäft eine mehr oder weniger bestimmte Wendung zu geben. Als Ergebnis des Aufenthaltes von Kammerherrn Dawidow in Paris und seiner persönlichen Rücksprachen mit mir und H. Poincaré wurde vereinbart, daß es wünschenswert sei, als Reserve eine Summe von 300 000 Franken zur Verfügung zu haben, falls es nötig schiene, zu Zahlungen an die Presse zu schreiten.

Infolgedessen gab der Staatssekretär Kokowtzow die Anweisung, die genannte Summe von 300 000 Franken zu überweisen, die gemäß der Vereinbarung in drei Sätzen, jedesmal zu 100 000 Franken, im laufenden Konto des H. Lenoir bereitgestellt werden sollte. Auf Grund dieser Abmachungen geschah eine erste Überweisung von 100 000 Franken, und bei dieser Gelegenheit wurde dem Agenten des Finanzministers in Paris mitgeteilt, daß die oben genannte Summe durch H. Lenoir nur mit Wissen des erwähnten Agenten des Ministers und unter Billigung des Staatssekretärs Kokowtzow und meinerseits verbraucht werden dürfe.

Auf diese Weise hatte ich vollen Grund anzunehmen, daß der Staatssekretär Kokowtzow, ungeachtet seiner anfänglich negativen Stellungnahme in dieser Frage, dem oben entwickelten Plan der Subventionierung der französischen Presse zugestimmt habe und daß die erste Überweisung von 100 000 Franken gerade zu diesem Zwecke bestimmt sei, falls es als notwendig erkannt würde. Als mir Geheimrat Raffalowitsch mitteilte, daß der französische Finanzminister H. Klotz, dem Poincaré die unmittelbare Leitung dieser Angelegenheit anvertraut hat, den Wunsch ausgesprochen habe, man möge H. Lenoir 25 000 Franken, die schon von ihm ausgegeben seien, zurückstatten und darüber hinaus dem französischen Finanzminister 75 000 Franken für die weiteren Ausgaben der genannten Person zur Verfügung stellen, erklärte ich daher gegenüber Geheimrat Raffalowitsch nach Untersuchung der Frage mit ihm, daß ich meinerseits gegen die Erfüllung der Wünsche des H. Klotz nichts einzuwenden habe. Dabei leitete mich die Erwägung, daß, wenn die Möglichkeit eines finanziellen Druckes auf die französische Presse im allgemeinen zugestanden war, der Augenblick, um ihn auszuüben, nicht günstiger erscheinen konnte. Seit Beginn der Balkankrise habe ich mich ohne Zögern bemüht, bei den ernstesten französischen Zeitungen eine Stimmung im Einklang mit unserem Standpunkt zu erhalten, und ich habe, wie Sie wahrscheinlich nicht ablehnen werden zuzugeben, in dieser Hinsicht sehr beträchtliche Ergebnisse erzielt. Aber während der ganzen letzten Zeit ist in Verbindung mit der Präsidentenwahl in einem gewissen Teil der französischen Presse eine Agitation gegen die angeblich zu weit gehende Unterordnung der Außenpolitik Frankreichs unter die russischen Interessen und die russischen Leitsätze entfacht worden. Dieser Feldzug ist besonders

in der Provinz presse geführt worden, die sich meiner persönlichen Beeinflussung gänzlich entzieht und die anderseits einen großen Einfluß auf die öffentliche Meinung Frankreichs hat. Es wollte mir scheinen, als müsse die französische Regierung in der Person des H. Klotz entschieden besser als wir darüber unterrichtet sein, welche Organe vom Standpunkt der gegenseitigen Interessen Frankreichs und Rußlands eine finanzielle Hilfe erforderlich machten, und daß es in einem solchen Augenblick, sobald die Frage der Subventionierung der französischen Presse grundsätzlich in bejahendem Sinne entschieden war, weder wünschenswert noch nützlich sei, H. Klotz ablehnend zu antworten. Diesen Gedanken äußerte ich gegenüber dem Geheimrat Raffalowitsch als meine persönliche Ansicht und ohne irgendwie seine Zustimmung oder die des Staatssekretärs Kokowtzow damit vorwegzunehmen.

Im Verlaufe der Unterhaltung mit Geheimrat Raffalowitsch und sozusagen in Gestalt einer besonderen Besprechung habe ich ihm u. a. gesagt, daß ich im Laufe der letzten Monate gute Dienste von Journalisten verschiedenster Kategorien empfangen habe und noch empfangen werde, angefangen bei den politischen Redakteuren ersten Ranges bis hinunter zu den bescheidensten Persönlichkeiten, durch deren Vermittlung es mir gelang, sehr oft und unauffällig in die Spalten der Zeitungen Informationen und Nachrichten einfließen zu lassen, die in einem für uns günstigen Lichte gehalten sind, und daß es sehr wichtig für mich sei, zu meiner persönlichen Verfügung eine gewisse Summe, z. B. 30 000 Franken, zu haben, um die genannten guten Dienste zu belohnen.

Ich teilte ihm diesen Wunsch in der allgemeinsten Form mit, und als mir einige Tage nachher Geheimrat Raffalowitsch mitteilte, daß der gegenwärtige Staatssekretär Kokowtzow für den oben erwähnten Zweck eine Summe von 25 000 Franken zur Verfügung gestellt habe, war ich darüber ein wenig erstaunt, und bis zur Stunde ist dieser Betrag nicht angerührt worden, weil mir nicht ganz klar ist, wie ich ihn verwenden könne. Da ich aus dem Brief des Staatssekretärs Kokowtzow an Sie sehe, daß der Ministerpräsident, wie es scheint, mein Vorgehen in der genannten Frage mißbilligt, beeile ich mich zu erklären, daß ich keineswegs darauf bestehe, daß mir die erwähnte Summe zugestellt wird, und daß ich vielmehr bereit bin, aus meinen persönlichen Mitteln gewisse Journalisten zu vergüten, die uns Dienste tun.

Indem ich Euro Hohe Exzellenz inständig bitte, den Herrn Ministerpräsidenten von dem Vorstehenden in Kenntnis zu setzen, benutze ich die Gelegenheit, um Ihnen die Versicherung meiner tiefen Ehrfurcht und meiner ganzen Ergebenheit zu erneuern.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 1./14. Februar 1913

Streng vertraulich!

Lieber Herr Sergej Dmitriewitsch!

In meinem Brief vom 10./23. Oktober v. J. habe ich Sie von den Gründen in Kenntnis gesetzt, die zugunsten unserer finanziellen Einwirkung auf die französische Presse sprechen. Im Laufe meiner Unterredung mit dem früheren Ministerpräsidenten, H. Poincaré, dem gegenwärtigen Präsidenten der Republik, konnte ich mich davon überzeugen, daß der letztere meine Ansicht in diesem Punkte teilt. Außerdem sprach H. Poincaré den Wunsch aus, es möchte nichts ohne sein Vorwissen erfolgen, und die Verteilung der Summen sollte unter Mitwirkung der französischen Regierung und durch Vermittlung des H. Lenoir geschehen.

In seinem Briefe vom 18./31. Oktober d. J. teilte mir der H. Ministerpräsident mit, daß er sich, obwohl er die Unterstützung der französischen Presse für völlig zwecklos erachte, doch nicht für berechtigt halte, kategorisch die von mir erbetene Hilfe abzulehnen und schickte daher den Direktor der Kreditkanzlei, H. Dawidow, nach Paris.

In meinen Besprechungen mit den Herren Dawidow und Poincaré wurde vereinbart, man müsse als Reserve eine Summe von 300 000 Franken haben, die in drei Raten von je 100 000 Franken auf das Konto Lenoir zu zahlen seien. Am Ende dieser Besprechungen wurde eine erste Zahlung von 100 000 Franken getätigt.

Derart hatte ich allen Grund zu glauben, daß H. Kokowtzow diesen Plan der Unterstützung der französischen Presse angenommen habe, und daß diese erste Zahlung von 100 000 Franken zu diesem Zwecke bestimmt sei. Als mir daher H. Raffalowitsch mitteilte, H. Klotz, den H. Poincaré mit dieser Aufgabe betraut hatte, habe den Wunsch ausgesprochen, es möchten die von Lenoir bereits verausgabten 25 000 Franken diesem zurückerstattet und außerdem dem französischen Finanzminister 75 000 Franken für die weiteren Ausgaben der betreffenden Person zur Verfügung gestellt werden, erklärte ich nach Beratung mit H. Raffalowitsch diesem, ich hätte keine Bedenken gegen die Erfüllung der Wünsche des H. Klotz.

Tatsächlich konnte, wie mir schien, der Augenblick für eine Einwirkung auf die französische Presse nicht günstiger sein. Seit Beginn der Balkankrisis habe ich mir alle Mühe gegeben, unseren Standpunkt durch die einflußreichsten französischen Zeitungen unterstützen zu lassen. Sie werden zugeben müssen, daß ich in erheblichem Maße Erfolg gehabt habe. Aber in letzter Zeit setzte aus Anlaß der Präsi-

dentenwahl in einem gewissen Teil der französischen Presse ein Feldzug gegen die sogenannte übertriebene Unterordnung der französischen Außenpolitik unter die russischen Interessen ein, ein Feldzug, der hauptsächlich von Provinzblättern geführt wurde, auf die ich nicht unmittelbar einwirken konnte und die doch einen großen Einfluß auf die französische öffentliche Meinung haben. Ich sagte mir, die französische Regierung, in der Person des H. Klotz, wisse tatsächlich besser Bescheid als wir, welche Zeitungen man unterstützen müsse, und daraufhin erwog ich, daß eine ablehnende Antwort an H. Klotz nicht zweckmäßig sei. Ich gab diesem Gedanken als meiner persönlichen Überzeugung H. Raffalowitsch gegenüber Ausdruck.

Im Laufe meiner Unterredung mit H. Raffalowitsch erklärte ich diesem außerdem, ich hätte während der letzten Monate von Journalisten der allerverschiedensten Art Dienste erbitten müssen. Mit deren Unterstützung sei es mir gelungen, in die Zeitungen die notwendigen Nachrichten und Informationen gelangen zu lassen, und es würde mir sehr nützlich sein, zu meiner persönlichen Verfügung eine bestimmte Summe, z. B. 30000 Franken zu haben, um ihnen diese Dienste zu bezahlen. Ich hatte diesen Wunsch nur in ganz allgemeiner Form ausgesprochen. Daher war ich dann auch einigermaßen erstaunt, als ich erfuhr, Herr Kokowtzow habe mir zu diesem Zwecke 25000 Franken zur Verfügung gestellt. Ich habe diese Summe noch nicht angerührt, da ich nicht genau weiß, wie ich sie ausgeben soll. Da ich zu verstehen glaube, daß der Ministerpräsident mein Vorgehen in dieser Frage nicht vollkommen billigt, erkläre ich, daß ich keineswegs darauf bestehe, daß mir diese Summe zur Verfügung gestellt wird, und daß ich bereit bin, aus meinen persönlichen Mitteln einige Journalisten, die mir Dienste leisten, zu bezahlen.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der Vertreter des russischen Finanzministeriums in Paris
an den russischen Ministerpräsidenten*

Brief

Paris, den 13./26. Februar 1913

Herr Minister!

Ich besuchte heute früh H. Klotz. Wir schnitten die Frage Lenoir an. Ich bin erneut der Überzeugung begegnet, daß die bei der Banque de France eingezahlten 100000 Franken zur Verfügung des Ministerpräsidenten und des H. Klotz zum gemeinsamen Besten der beiden Länder stehen und eine erste Zahlung darstellen, der noch zwei weitere folgen sollen. Bis jetzt habe Lenoir etwa 40000 Franken ausgegeben. Ich berichtigte und nannte „25000 Franken“; denn ich weiß nichts von den anderen 15000. Ich werde Lenoir, der wieder nach der Riviera gereist ist, nach seiner Rückkehr befragen; denn

Lenoir weiß, daß wir benachrichtigt und befragt werden müssen, wenigstens der Form wegen. Der Minister schien zu glauben, man würde uns nach Erschöpfung der 100 000 Franken die Liste der Empfänger geben und dann zur zweiten Teilzahlung übergehen.

Wir sehen uns also bei der Leitung über diese Unterstützungs-gelder ausgeschaltet, die dazu dienen sollen, Gegenmanöver anderer Gruppen gegenüber den Zeitungen und Parlamentsredakteuren zu verhindern.

H. Klotz hörte nur zerstreut zu, als ich sagte, es sei mit Lenoir vereinbart worden, daß der Botschafter befragt und durch meine Vermittelung die Ermächtigung von Petersburg eingeholt werden müsse.

Für jetzt steht fest: nach meiner Kenntnis hat Lenoir nur 25 000 Franken entnommen. Die dem Botschafter überwiesenen 25 000 Franken sind gleicherweise unberührt in seiner Hand.

Ich fand den Botschafter über einen Brief, den Euer Exzellenz an den Außenminister gerichtet haben, erregt, da er aus ihm gewisse Vorwürfe gegen sich herauszulesen glaubt.

Es ist vielleicht eine Frage des feinen Unterschieds, der Stimmung der Person, die eine Geschichte liest und mehr hineinlegt als der Verfasser wollte.

Der Botschafter sagte mir, er habe noch Hilfsleistungen zu belohnen, deren Nützlichkeit sicher gewesen sei (wie ich annehme Temps, Echo, Figaro, Eclair, denn er nannte keine Namen), und er würde vorziehen, eventuell lieber etwa 10 000 Franken aus seiner Tasche zu zahlen als an die zur Verfügung gestellte Summe zu röhren, wenn er bezüglich der Nützlichkeit der Ausgabe von Ihrem Standpunkte aus das geringste Bedenken haben müßte.

Bei dem Vorfall sind die französischen Politiker, die dauernde Erfahrungen in diesen Operationen haben, die geschicktesten gewesen.

Der Botschafter hat mit der traditionellen Passivität seiner Vorgänger gebrochen, seine Person eingesetzt und keine Mühe gescheut, einigen der wichtigsten Zeitungen eine genehme Richtung einzuflößen.

Ihr sehr ergebener Diener A. Raffalowitsch

*Der Vertreter des russischen Finanzministeriums in Paris
an den russischen Ministerpräsidenten*

Brief

Paris, den 4./17. März 1913

Herr Präsident!

Ich empfing heute früh den Besuch des H. Lenoir, der im Auftrage des H. Briand kam, um mich um 35 000 Franken von den bei der Banque de France verbliebenen 75 000 Franken zu bitten.

In der Regierung stand man unter dem Eindruck, man könne über diese Summe verfügen. Lenoir hat betont, man bedürfe unseres Einverständnisses. Ich erwiderte, ich sei verpflichtet, hierüber nach St. Petersburg zu berichten und fügte hinzu, bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge, nach der Verleihung des St. Andreasordens, und bei der gegenseitigen Begeisterung erscheine mir das Verlangen nicht als durchaus normal. Man antwortete mir, es geschehe für La Lanterne, L'Action, L'Évènement, La France und für die Stützung der Regierung.

Ich sah H. Iswolski, der in diesen Schmutz nicht hineingezogen zu werden wünscht.

Ich frage mich, ob man auf die von Lenoir im Namen B...s vorgebrachte Bitte verneinend antworten kann.

Ihr sehr ergebener Diener

A. Raffalowitsch

Vermerk:

Auf diesem Brief hat der Minister mit eigener Hand vermerkt:
Man wird die zweiten 100 000 Franken zahlen müssen.

*Der russische Ministerpräsident an den
russischen Außenminister*

Brief

St. Petersburg, den 4./17. Juni 1913

Eingegangen am 6./19. Juni 1913

Nr. 64

Sehr eilig!

Streng vertraulich

Herr Sergej Dmitriewitsch!

Der Agent des Finanzministeriums in Paris, H. Geheimrat Raffalowitsch, hat zu meiner Kenntnis gebracht, daß der französische Innenminister, H. Klotz, wünsche, zur Verfügung Lenoirs 100 000 Franken von der von uns für die Presseausgaben angewiesenen Summe zu erhalten. H. Klotz besteht auf der Notwendigkeit, mit Rücksicht auf die Möglichkeit eines Feldzuges gegen das neue Militärgesetz und auch im Zusammenhang mit der schwierigen allgemeinen Lage des französischen Kabinetts, jetzt eine so große Ausgabe für die Presse zu machen.

Wie Sie sich auf Grund des Vorstehenden überzeugen wollen, wird die auf den Vorschlag des H. Klotz genannte Summe für die Bedürfnisse der französischen und nicht der russischen Regierung ausgegeben werden, was schwerlich den von uns bei der Errichtung eines besonderen Presgefonds ins Auge gefaßten Zielen entspricht.

Mit Rücksicht auf das Vorstehende würde ich Bedenken tragen, dem Wunsche des französischen Innenministers zu entsprechen und, bevor ich dem Geheimrat Raffalowitsch antworte, wende ich mich mit der dringenden Bitte an Eure Exzellenz, es nicht ablehnen zu wollen, mir in der Frage der Überweisung eines Vorschusses von 100 000 Franken an H. Klotz Ihre Entschließung mitzuteilen.

Indem ich das Vorstehende weitergebe, halte ich es außerdem für meine Pflicht, Sie davon zu unterrichten, daß unser Botschafter, wie ebenfalls aus dem Berichte des Geheimrats Raffalowitsch hervorgeht, sich gegenwärtig von jeder Teilnahme an den Besprechungen über diese Frage fernhält.

In Erwartung der Antwort Eurer Exzellenz bitte ich Sie, mein Herr, die Versicherung meiner vollkommenen Hochachtung und meiner tiefen Ergebenheit entgegennehmen zu wollen.

Kokowtzow

*Der Vertreter des russischen Finanzministeriums in Paris
an den Chef der russischen Kredit-Kanzlei*

Brief

Paris, den 4./17. Juni 1913

Mein lieber Kollege!

Der Minister des Innern hat mich heute auf dem Frühstück bei H. Pichon um die zweite Rate gebeten. Ich schrieb es an unseren Ministerpräsidenten. Würden Sie wohl die für die Banque de France und Lenoir notwendigen Anweisungen erteilen lassen? Einer so förmlich übermittelten Bitte gegenüber ist es sehr schwierig, wenn nicht unmöglich, abzulehnen.

Stets der Ihrige

Raffalowitsch

*Der russische Außenminister an den
russischen Botschafter in Paris*

Brief

St. Petersburg, den 18. Juni/1. Juli 1913

Geheim.

Lieber Herr Alexander Petrowitsch!

Unter Beifügung der Abschrift eines streng vertraulichen Briefes des H. Finanzministers vom 4. (17.) Juni, Nr. 64, bitte ich Euer Exzellenz dringend um Mitteilung Ihrer Entschließung über die in ihm berührte Frage, nämlich H. Lenoir 100 000 Franken von den von uns

für die Presseausgaben in Frankreich angewiesenen Summen zur Verfügung zu stellen.

Genehmigen Sie usw.

Sasonow

*Der Vertreter des russischen Finanzministeriums in Paris
an den russischen Ministerpräsidenten*

Telegramm

Paris, den 20. Juni/3. Juli 1913

Auszug

... Habe gerade heute den Innenminister gesehen. Er ist mit der Verzögerung der Auszahlung der im Oktober letzten Jahres versprochenen Summe unzufrieden und auch darüber, daß ich zu verstehen gebe, wir müßten auf Unterstützung in den Balkanangelegenheiten rechnen können. Der Innenminister erschien beleidigt... Anregung wechselseitigen Beistandes. Benachrichtige russischen Botschafter Paris. Wir denken, man wird das Geld zahlen müssen.

Raffalowitsch

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 313

Paris, den 21. Juni/4. Juli 1913

Ihren Brief Nr. 22 vom 13. (26.) Juni erhalten.

Nach der Ansicht von Geheimrat Raffalowitsch könnte man der Bitte des H. Klotz unter der Bedingung entsprechen, daß die unterstützte Presse nicht nur für das Militärgesetz und die Politik des französischen Kabinetts eintritt, sondern auch für unsere Interessen, z. B. in den Balkanangelegenheiten. Mir scheint, eine entsprechende Behandlung der Frage würde für uns annehmbar sein. Raffalowitsch wird sich in diesem Sinne H. Klotz gegenüber aussprechen.

Iswolski

*Der russische Außenminister an den
russischen Ministerpräsidenten*

Brief

St. Petersburg, den 24. Juni/7. Juli 1913

Sehr vertraulich.

Nr. 301.

Lieber Herr Wladimir Nikolajewitsch!

Auf den Brief Eurer Exzellenz vom 4. (17.) Juni, Nr. 64, habe ich nicht verfehlt, die Ansicht des Kaiserlichen Botschafters in Paris über die von dem französischen Innenminister aufgeworfene Frage bezüg-

lich der Anweisung an H. Lenoir von jetzt 100 000 Franken einzuholen, die von den von uns für Presseausgaben in Frankreich angewiesenen Summen zu erheben wären.

Nach der Ansicht des Hofmeisters Iswolski erscheint das Verlangen des H. Klotz unter der Bedingung annehmbar, daß die aus den obigen Fonds unterstützte Presse in erster Linie für unsere Interessen z. B. in den Balkanfragen eintritt und außerdem der Politik des französischen Kabinetts und der Durchführung des französischen Gesetzes über die dreijährige militärische Dienstpflicht ihren Beistand leibt.

Wenn unsere Bedingungen beachtet würden, würde ich es meinerseits für möglich halten, den Wünschen des H. Klotz entsprechend jetzt 100 000 Franken für die französische Presse zu bewilligen. In solchem Falle müßte Geheimrat Raffalowitsch H. Lenoir gegenüber die Bedingungen bekräftigen, unter denen sich die erwähnte Ausgabe vollzieht.

Sasonow

*Der Chef der russischen Kreditkanzlei an den
Vertreter des russischen Finanzministeriums in Paris*

Erlaß St. Petersburg, den 28. Juni/11. Juli 1913
Vertraulich

Die Kreditkanzlei beeiert sich, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß der Finanzminister einer zweiten Zahlung von 100 000 Franken für die französische Presse zugestimmt hat, jedoch unter der ausdrücklichen Bedingung, wie es im übrigen versprochen worden war, daß die französische Regierung auf die Presse den nötigen Druck ausübt, damit sie tatsächlich unsere Interessen verteidigt. Wenn dies nicht geschehen sollte, so würde Seine Exzellenz in Zukunft die Unterstützungen dieser Art vollständig einstellen. Die Kanzlei glaubt hinzufügen zu müssen, daß die erwähnten 100 000 Franken unmittelbar bei der Banque de France zur Gutschrift auf Konto L.... werden eingezahlt werden. Übersenden Sie uns die Belege für die Ausgaben.

Der Direktor: Dawidow
Der Abteilungsleiter: Iwotschenkow

*Der russische Ministerpräsident an den
russischen Außenminister*

Brief St. Petersburg, den 2./15. Juli 1913
Eingegangen 3. (16.) Juli 1913.
Nr. 681.

Lieber Herr Sergej Dmitriewitsch!

In Ihrem Briefe vom 24. Juni (7. Juli) d. J. haben mir Eure Exzellenz nach Fühlungnahme mit unserem Botschafter in Paris, H. Is-

wolski, mitgeteilt, Sie hätten die Möglichkeit der Auszahlung von 100 000 Franken anerkannt, die durch seine Vermittlung zu einem Druck auf die französische Presse im Interesse der Regierung verwandt werden sollten. Eure Exzellenz haben außerdem ausdrücklich festgelegt, neben der Unterstützung des neuen Militärgesetzes und der allgemeinen Politik des französischen Kabinetts solle gleichermaßen ein Druck in einem uns vorteilhaften Sinne auf die Presse erfolgen.

Ferner beeche ich mich, Eurer Exzellenz mitzuteilen, daß ich 100 000 Franken nach Paris habe überweisen lassen, die bei der Banque de France auf Konto Lenoir hinterlegt werden. Dieser wird über die 100 000 Franken in gleicher Weise und unter denselben Bedingungen wie über die erste Zahlung verfügen.

Obwohl ich dieses Geld zur Verfügung des H. Lenoir stelle, kann ich nichtsdestoweniger nicht umhin, die Aufmerksamkeit Eurer Exzellenz auf die Tatsache zu lenken, daß die Verwendung einer so erheblichen Summe für die Bedürfnisse der französischen Regierung eine direkte Abweichung von den Bedingungen darstellt, wie sie 1912 bei der Schaffung eines Sonderfonds für die Unterstützung der französischen Presse festgelegt wurden. Fernerhin bereitet es mir starke Verlegenheit, mit der Ausführung der künftigen Zahlungen, wie früher vereinbart, fortzufahren, wenn ähnliche Abweichungen in Zukunft wieder vorkommen.

Genehmigen Sie usw.

Kokowtzow

*Der Vertreter des russischen Finanzministeriums in Paris
an den russischen Ministerpräsidenten*

Brief

Paris, den 3./16. Juli 1913

Herr Präsident!

Das Bankett der russischen Delegation war ein äußerst glänzendes. Der Telegraph wird Ihnen den Eindruck, den es hervorgerufen hat, übermittelt haben.

Mir hat es einen wenig freundlichen Empfang bei H. Klotz eingetragen, dem ich die Verzögerung zu erklären versuchte, die in der von ihm vor einem Monat aufgeworfenen Frage wegen der Zahlung von 100 000 Franken auf das Lenoir eröffnete Konto eingetreten ist. Ich sagte ihm, man wünsche in St. Petersburg Sicherheit, daß wir als Gegenleistung die Wohltat der offiziösen Unterstützung in den Balkanangelegenheiten bekämen. H. Klotz ärgerte sich, ich möchte nicht sagen: war wütend. Er meinte, durch Äußerung dieses Verlan-

gens stellten wir Bedingungen und entzögen uns übernommenen Verpflichtungen. Der Ursprung dieser Angelegenheit gehe auf den Oktober 1912 zurück. Er werde sich bei H. Poincaré und H. Pichon beklagen. Ich habe ihn reden lassen und mich darauf beschränkt, ihn daran zu erinnern, ich sei eine bescheidene Übermittlungsperson, ich hätte seine Erklärung von Anfang Juni weitergeleitet, ihm den Grund für die Verzögerung auseinandergesetzt und würde es als meine Pflicht erachten, Sie das von ihm Gesagte wissen zu lassen.

Ich glaube nicht, daß er bei dieser Gelegenheit mit mir sehr zufrieden war. Ich habe die Unterredung H. Iswolski mitgeteilt, sie in einem Telegramm wiedergegeben und erwarte Ihre weiteren Weisungen.

Ich sagte H. Iswolski, meiner Ansicht nach müsse man festlegen, einer der Hauptpunkte für uns sei, uns die Hilfe der von dem Minister des Innern unterstützten Presse zu verschaffen. Ich lege andererseits Wert darauf, Sie von diesem Zwischenfall zu unterrichten, dem ich mit Rücksicht auf die naheliegende Mentalität keine große Bedeutung beimesse.

Ihr sehr ergebener Diener

A. Raffalowitsch

Nachschrift:

Um auf H. Klotz und seinen Angriff zurückzukommen, so ist er, wenn ich mein Gedächtnis befrage, der übliche und von der Regierung beglaubigte Mittelsmann, der im Oktober von uns verlangt hat, dem Feldzug der österreichisch-deutschen Presse entgegenzuarbeiten. Aus Zartgefühl und aus dem Gefühl der Solidarität heraus hat der Botschafter H. Poincaré befragt, der H. Lenoir beruhigt und bezeichnet hat. Dann ist H. Klotz dazwischengekommen und hat erklärt, wir seien nicht zuständig, er und seine Kollegen würden die Geldempfänger angeben, die hauptsächlich die Direktoren und Parlamentsberichterstatter seien.

H. Dawidow muß sich an dies alles genau erinnern. Eure Exzellenz wissen, daß ich aus Vorsicht keine Entwürfe oder Abschriften meiner Briefe aufbewahre.

Ich frage mich, wie man sich über eine Antwort ärgern kann, die dahin lautet: „Ja, das würde sich machen lassen, wenn man sich über die Verteidigung unserer Interessen in den Balkanangelegenheiten verständigt.“ Meine Bemerkung ist um so mehr am Platze, als sich gegenwärtig eine parlamentarische Gruppe mit den Balkanangelegenheiten befaßt (?).

Raffalowitsch

*Der Vertreter des russischen Finanzministeriums in Paris
an den russischen Ministerpräsidenten*

Brief

Paris, den 15./28. Juli 1913

Herr Minister!

Ich habe die Mitteilung Eurer Exzellenz über die H. Klotz zur Verfügung zu stellenden 100 000 Franken erhalten. Ich habe mich einerseits beeilt, den Minister des Innern um einen Empfang zu bitten, andererseits Lenoir zu rufen, um ihn um Vorlegung der Belege über die gemachten Ausgaben zu bitten. Lenoir sagte mir, er habe von den ersten 100 000 etwa 80 000 ausgegeben.

Er hat mit H. Barthou und H. Klotz eine Zusammenkunft. Der letztere hatte anscheinend eine gewisse Ungeduld gezeigt. Ich unterrichtete Lenoir von Ihrer Zustimmung und wies ihn darauf hin, unter welcher Bedingung sie gegeben sei, nämlich, daß wir in der Presse verteidigt und unterstützt würden. Ich bat ihn, dies den beiden Ministern ganz deutlich zu sagen.

Ich werde H. Klotz heute abend sehen. Ich vermute, daß die Unterredung nicht sehr angenehm sein wird.

Es scheint, die Türken haben der französischen Presse fünf Millionen versprochen, davon den vierten oder fünften Teil in bar. Die Libre Parole soll 100 000 Franken erhalten usw. Die Mittel werden von dem Hause Benard & Jarislowski gewährt auf Grund von Vorschüssen, die durch Schatzbons gesichert sind.

Ihr sehr ergebener Diener

A. Raffalowitsch

*Der Vertreter des russischen Finanzministeriums in Paris
an die Kreditkanzlei in St. Petersburg*

Brief

Paris, den 7./20. November 1913

Geheim

Im Einvernehmen mit H. Dawidow übersende ich Ihnen 27 Schecks über zusammen 100 000 Franken, die mir von der mit der Verteilung beauftragten Person zugestellt worden sind.

La Lanterne hat erhalten 42 000 Franken

L'Aurore	"	17 000	"
L'Evènement	"	11 000	"
L'Action	"	9 000	"
La France	"	11 000	"
Le Rappel	"	7 000	"
Le Gil Blas	"	2 000	"
Paris-Journal	"	1 000	"

Alle gehören zur radikal-sozialistischen Richtung.

Es muß beachtet werden, daß die Verwendung dieser ersten Teilsumme wie die der zweiten ausschließlich von der französischen Regierung in die Hand genommen worden ist, ohne irgendwelche Mitwirkung unsererseits bezüglich der Bezeichnung der Empfänger.

Die Verteilung hat eine ausschließlich politisch-parlamentarische Bedeutung.

Der Vertreter des Finanzministers (soll heißen: des russischen!) ist im Juli 1913 sehr übel empfangen worden, als er H. Klotz gegenüber den Wunsch äußerte, Unterlagen vorlegen zu können, die darin, daß die Verwendung mehr in Übereinstimmung mit den russischen Interessen erfolgt ist.

Ich bitte um Empfangsanzeige des die 27 Quittungen enthaltenen Briefes, ohne den Gegenstand der Schecks zu erwähnen. Ich bemerke, daß die Zahlung bei der Banque de France zur Verfügung Lenoirs erfolgt ist.

Å. Raffalowitsch